Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 6.—, Halbjährig Mk. 12.—, Ganzj. Mk. 24.—, Einzelnummer 50 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile 50 Pf. — Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüd. Echo“. München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987

Ausgabe A | Nr. 10 / 11. März 1921 | 8. Jahrgang

1921	Wochenkalender		5681
	März	Weadar	Bemerkung
Sonntag	13	3	
Montag	14	4	
Dienstag	15	5	
Mittwoch	16	6	
Donnerstag	17	7	
Freitag	18	8	
Samstag	19	9	פ׳ זכור

MORGEN

Samstag, den 12. März 1921, abends 8 Uhr im „Bayerischen Hof“, Promenadeplatz

ALLGEMEINE

JÜDISCHE WÄHLERVERSAMMLUNG

VOR DER ENTSCHEIDUNG

Referate:

Herr Justin Lichtenauer: Die Gemeindeverwaltung und der Antisemitismus
Herr Justizrat Emil Fränkel: Was ist positives Judentum?

Freie Aussprache.

Während es die Liberalen nicht wagen, andere als Gesinnungsgenossen zu ihren Versammlungen einzuladen, heißen wir alle Wählerinnen und Wähler, Gegner, Freunde und Unentschiedene willkommen. Jeder Wähler hat die Pflicht sich zu informieren. Wir wollen allen dazu Gelegenheit geben.

Niemand darf diese letzte, entscheidende Versammlung versäumen!

Außer den bisherigen Verwaltungsmitgliedern haben die liberalen Kandidaten persönliche Einladung erhalten und werden Gelegenheit haben, über ihre Pläne Auskunft zu geben.
Eintritt frei. — Reservierte Plätze Mk. 2.—

Es gilt zu wählen zwischen:

ZERFALL ODER ERNEUERUNG

Wer jüdischen Aufbau, eine lebensvolle jüdische Gemeinde will kann nur

JÜDISCHE VOLKSPARTEI WÄHLEN!

Technische Dinge, die jeder Wähler wissen muß:

Wahlzeit:	Sonntag, 13. März 1921 von 9—6 Uhr ohne Unterbrechung.	
Wahllokale:	Herzog Maxstraße 7 (Gemeindehaus)	1. Wahlbezirk
	Herzog Rudolfstraße 3 (orthodoxe Synagoge)	2. „
	Kaulbachstraße 65 (Israelitisches Pensionat)	3. „
	Klenzestraße 4 (Jüdische Volksküche)	4. „
Wahllegitimation:	Die von der Gemeinde zugestellte Wählerkarte ist unbedingt mitzubringen. Wer sie nicht zur Hand hat, bringe möglichst einen amtlichen Personalausweis mit.	
Stimmzettel	werden vor den Wahllokalen von unseren Vertrauensleuten zur Verfügung gehalten.	

Auskünfte während der ganzen Wahlzeit in unserem Hauptbüro, Wagmüllerstr. 19, Fernsprecher Nr. 21499 und bei unseren Vertrauensleuten an den Wahllokalen

Gewissensfragen

an den

bewußten Juden

Darfst du der Wahl fernbleiben?

Weißt du, daß das Fehlen deiner Stimme die „Liberalen" unterstützt, die Liquidation fördert? Weißt du, daß du liberal wählst, wenn du nicht zur Wahl kommst und daß du damit der bisherigen Gemeindeherrschaft ein Vertrauensvotum gibst? Dürfen dich „Schönheitsfehler", die der jüdischen Volkspartei etwa nach deiner Meinung anhaften, von der Wahl abhalten, oder gar den „Liberalen" zuführen?

Wenn du eigene Wünsche nicht erfüllt siehst oder dich unter anderem etwa die jüdische Volksschule stört — die für keinen Zwang, für viele Erlösung aus Gewissenszwang sein wird — darfst du deswegen außer acht lassen, daß die jüdische Volkspartei die einzig mögliche Zusammenfassung der positiv jüdischen Elemente ist und daß „liberale" Herrschaft Stillstand und Auflösung bedeutet?

Darfst du der Wahl fernbleiben?

Kannst du anders wählen als jüdische Volkspartei?

lauen Juden

Darfst du wählen?

Hast du dich in all den Jahren ums Judentum gekümmert? Weißt du, um was es geht? Darf deine Gleichgiltigkeit Einfluß auf Dinge nehmen, denen du fernstehst, die aber anderen Herzenssachen sind? Darfst du in Dinge, die anderen so ungeheuer wichtig sind, aus Laune oder Bekannten zuliebe eingreifen?

Falls du aus Interesse an der Sache wählen willst, unterrichte dich über beide Parteien!

Dann frage dich:

Wen sollst du wählen?

Die „liberale" Partei, die bisher nichts geleistet und nur den Zerfall gefördert hat, oder die Partei der positiven aufbauenden Arbeit, die jüdische Volkspartei? Wenn du selbst der Synagoge fern bleibst, verlangt nicht dein Gerechtigkeitsgefühl, daß die Synagoge von denen verwaltet wird, die sie besuchen?
Wenn du selbst an den jüdischen Angelegenheiten unbeteiligt bist, verlangt nicht dein Gerechtigkeitssinn, daß diejenigen sie führen, die sie am besten verstehen, nicht aber, daß Titel und Reichtum die Führer der Gemeinde seien?

Darfst du wählen?

Der Weg der „Liberalen" führt aus dem Judentum heraus!

Die seit Jahrzehnten bestehende „liberale" Verwaltung hat zwar mit Geld sparsam gewirtschaftet — wo man nichts leistet braucht man auch kein Geld — aber das von den Vätern übernommene Gut an jüdischen Werten zerfallen lassen. Die Früchte der „liberalen" Herrschaft sind erschreckende Interesselosigkeit, Austritte und Taufen in steigender Zahl. Wie lange kann eine jüdische Gemeinde bestehen, wenn sie auf diesem Wege bleibt? — Die Liberalen suchen Anhang an der Peripherie des Judentums, wo nur noch ein kleiner Schritt zur Taufe ist. Ihr Bemühen ist es, diejenigen zur Wahl zu bringen, die sich seit Jahren nicht ums Judentum kümmerten und sich bis zur nächsten Wahl nicht drum kümmern werden.

Die Partei des bewußten Juden, die Partei der Erneuerung und des Aufbaus ist

die jüdische Volkspartei.

Die Freunde
der Jüdischen Volkspartei
treffen sich Sonntag abds. 1/2 8 Uhr
im weißen Saal des Augustiner-Bräu,
Neuhauserstr. 16/I. Dort wird das

WAHLRESULTAT

bekannt gegeben

Das Jüdische Echo

Nummer 10 | 11. März 1921 | 8 Jahrgang

Vor der Entscheidung.

Von Sigmund Fraenkel.

Der Wahlkampf nähert sich seinem Ende. Wir haben denselben in breitester Öffentlichkeit geführt, Freund und Gegner zu unseren Verhandlungen geladen und uns bemüht, die breiten, indifferenten Massen unserer Gemeinde über unser Aufbauprogramm des jüdischen Gemeindelebens und über die bisherige Abbautätigkeit unserer Gegner auf diesem Gebiete nach Tunlichkeit aufzuklären. Die „Liberalen" haben es in der bei ihnen üblichen rührenden Selbstverleugnung aller freiheitlichen und demokratischen Grundsätze vorgezogen, keine öffentlichen, jedem Juden zugängigen Versammlungen abzuhalten, sie haben sich im Wesentlichen auf eine Pressenotiz in den politischen Tageszeitungen beschränkt, in welcher der Wahlausschuß der liberalen Juden Bayerns, Ortsgruppe München, wörtlich erklärt, daß

1. die überwiegende Anzahl der Juden in Bayern in jüdischen Fragen auf einem fortschrittlich-liberalen Standpunkt stehe,
2. die Liberalen die Grundsätze der jüdischen Volkspartei auf das Entschiedenste bekämpfen.

Während die erstere Behauptung von der angeblich fortschrittlich-liberalen Orientierung der bayerischen Judenheit in religiösen Fragen schon um deswillen den Tatsachen widerspricht, weil bekanntermaßen die erdrückende Mehrheit der Mitglieder unserer Mittel- und Landgemeinden treu an der Fahne des konservativen und überlieferten Judentums festhält, werden mit der letzteren Behauptung offene Türen eingerannt. Kein mit der Psyche unseres religiösen Liberalismus Vertrauter zweifelt einen Moment daran, daß die Liberalen jedwedes positiv-jüdische Programm — mag dasselbe noch so leise abgetönt, noch so sehr retouchiert sein, immer und immer energisch bekämpfen. Sie haben 40 Jahre lang — natürlich nur vom Standpunkt ihrer fortschrittlich-liberalen Weltanschauung aus — die orthodoxe Minderheit niederzuhalten versucht, dieser gelegentlich die Schließung ihrer mit den größten Opfern erbauten eigenen Synagoge angedroht, die Abhaltung von Predigten, die Rezitation eines Kaddischgebetes für teuere Dahingeschiedene in ihrer Synagoge verboten; sie haben in ihrem offiziellen Richtlinienprogramm vom 3. Mai 1908 „die Innehaltung veralteter religiöser Vorschriften, Gebräuche und abgestorbener Sitten" bekämpft, sie haben verlangt, daß der Religionsunterricht so zu gestalten sei, daß er „die gesicherten Resultate der Wissenschaft berücksichtigt", und sie haben gleichzeitig — nur aus Liberalismus und zur Wahrung der religiösen Gewissensfreiheit — verlangt, daß die orthodoxen Eltern ihre Kinder diesem „die gesicherten Resultate der Wissenschaft Rechnung tragenden und die Entwicklungsfähigkeit des Judentums anerkennenden" Religionsunterricht obligatorisch zuzuführen haben. Sie haben sich der Einführung des Verhältniswahlrechtes in den Großgemeinden jahrzehntelang auf das Erbittertste widersetzt. Die liberalen Juden Bayerns haben weiterhin den Zionismus, dessen Gesamtorganisation heute von der größten Macht der Erde als völkerrechtliche Vertretung des jüdischen Volkes in Palästina offiziell anerkannt wird, nicht bekämpft — das wäre ihr Recht gewesen! — nein sie haben diesen Zionismus all die Jahre lang bis auf den heutigen Tag verachtet, bespöttelt und ins Lächerliche gezogen, während die liberalen Parteigenossen oben im Norden schon begriffen haben, daß die neue Epoche in der jüdischen Geschichte, die mit den Balfourschen Erklärungen und mit San Remo anhebt, eine elementare, mit dem Liberalismus und dem Indifferentismus im Judentum völlig aufräumende Sturmflut in der Geschichte des Judentums bedeutet, in der sich die nichtgläubigen Juden nur behaupten können, wenn es ihnen gelingt, ihr Schifflein rechtzeitig in das Fahrwasser und in die Strömung dieser, alles religiöse Parteigezänke hinwegspülenden, alle liberalen Programme entwurzelnden Flut hineinzusteuern. Und während fast jeden Tag mit dem Hakenkreuz geschmückte, anisemitische Aufrufe an den Straßenecken Münchens prangen, die die Regierung zur Entrechtung und zur Zurücksetzung aller Staatsbürger jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung scharfzumachen suchen, erklärt der Wahlverein der liberalen Juden Bayerns öffentlich, daß „er mit Entschiedenheit" daran festhält, nichteingebürgerten Glaubensgenossen, die vielleicht schon 30 oder 40 Jahre hier ansässig oder hier geboren sind, das passive Wahrecht für einen nach ihrer Ansicht rein kirchlichen und religiösen Vertretungskörper auch weiterhin vorzuenthalten, und daß sein liberales Programm ihn darauf verpflichtet, diesen unseren Schicksals- und Leidensgefährten, mögen sie auch noch so jüdisch-kulturell orientiert, mögen sie auch noch so intelligent und steuerkräftig sein, mögen sie auch noch so große Opfer für ihre religiöse Überzeugung jahrein, jahraus bringen, die Türe zum Sitzungszimmer in der Herzog Maxstraße auch weiterhin vor der Nase zuzuschlagen. Und diese jammer- und widerspruchsvolle, die Münchener Judenheit in Stunden ernstester gemeinsamer Gefahr in zwei Heerlager spaltende und uns selbst zerfleischende Politik erfolgt, wie sich die Herren dies selbst in der Tagespresse attestieren, in Betätigung ihres „fortschrittlich-liberalen Standpunktes". Im großen „Liberalen Wahlverein", in dem Justizräte, Kommerzienräte und Professoren beisammen sitzen, legt man sich Scheuklappen vor's Gesicht, und keiner dieser Intellektuellen denkt daran, daß ein derartiges Ausnahmegesetz von der höheren Warte der uns Juden von Gott und der Weltgeschichte zur Betreuung überantworteten Interessen und Ideale nicht nur ein religiöses Unrecht, sondern außerdem auch noch im Sinne des Tayllerandschen Wortes „c'est plus qu'un crime, c'est une bêtise" eine törichte, eine selbstmörderische, eine Harakiri-Politik bedeutet, deren wirkungsvollste und zutreffendste Kritik der wahrlich nicht der Hinneigung zum Zionismus und zur Orthodoxie verdächtige Schöpfer des Entwurfes einer Gesamtorganisation der jüdischen Gemeinden Deutsch-

lands in das klassische Wort zusammenfaßte: „Juden dürfen niemals zwischen Juden und Juden differenzieren, weil sie sonst den Antisemiten einen Freibrief ausstellen, zwischen Juden und Nichtjuden zu differenzieren."

In köstlicher Naivität hat, damit dieser furchtbar ernsten Krise beileibe nicht die humoristische Note fehle, ein Führer der liberalen Partei, Herr Rechtsanwalt Dr. Heilbronner, vorigen Donnerstag in unserer Wählerversammlung zur Begründung der früheren Kulturkampf- und jetzigen Entrechtungspolitik der Liberalen mit verblüffender Offenheit darauf hingewiesen, daß „politisch-liberale und religiös-liberale" Weltanschauung sich durchaus nicht gegenseitig bedingen, und daß dem religiösen Liberalismus eine gewisse Intoleranz zu eigen sein müßte, wenn er seine Existenzberechtigung behaupten solle. Wahrlich eine wunderbare Perspektive für die Wahrheit und Lauterkeit der im liberalen Programm für die Zukunft angekündigten Forderung „einer Berücksichtigung der religiösen Minderheiten"! Wahrlich, man könnte an der Möglichkeit irgend eines zukünftigen ersprießlichen Zusammenarbeitens in einer Einheitsgemeinde und an jedwedem Verständnis für politischen Weitblick seitens der Neologie verzweifeln, wenn wir Eingeweihte nicht ganz genau wüßten, daß diese Deklamationen und vor Allem die Verwahrung gegen die Verleihung des Wahlrechtes an nicht eingebürgerte Glaubensgenossen nur einen Windmühlenkampf oder, richtiger gesagt, eine auf Stimmenfang berechnete akademische Geste darstellen, der schon um deswillen keine praktische Auswertung mehr zukommt, weil die am 23. Januar 1921 in Berlin im Beisein von Vertretern von 700 jüdischen Geminden beschlossene Gesamtorganisation der jüdischen Gemeinden Deutschlands im § 10 ihrer Satzungen ausdrücklich bestimmt, daß „alle volljährigen, in Deutschland wohnhaften Juden, die mindestens ein Jahr einer jüdischen Gemeinde Deutschlands angehören, wahlberechtigt und wählbar sind." Die gesamte Intelligenz der bayerischen Neologie weiß sehr wohl, daß durch diesen Berliner Beschluß die Wahlrechtsfrage eine res judicata darstellt, die man auch durch eine weißblaue Extrawurst des Münchener Liberalismus nicht mehr abändern kann. Aber mit der Parole „gegen die Ostjuden" lassen sich so erfolgreiche Wahlgeschäfte machen, kann man gleichgültige, uninformierte, durch antisemitische Hetzblätter erschreckte Wähler so leicht an die Urne bringen, daß man, um „Liberalismus und Kulturfortschritt" zu prästieren, zunächst daran festhält, Glaubensgenossen, denen seitens der Regierung leider aus innerpolitischen Gründen trotz jahrzehntelangen Aufenthaltes in Deutschland und trotz ihres Drängens und Bittens die Einbürgerung versagt wurde, nun auch die Wählbarkeit in die Vertretung einer rein kirchlichen Verwaltung vorzuenthalten.

Ganz ähnlich verhält es sich bei der Stellungnahme zur jüdischen Volksschule. Kein jüdischer Vater soll gehalten sein, sein Kind einer jüdischen Volksschule anzuvertrauen. Aber jene Eltern, die ihre zarten Kinderseelen in den ersten Schuljahren vor antisemitischen Anrempelungen behüten, die am Sabbat ihr Kind ins Gotteshaus und nicht in den werktätigen Unterricht senden wollen, sollen das Recht haben, ihre Kinder in jüdischen Volksschulen von jüdischen Elementarlehrern unterrichten zu lassen, wie wir Ältere, bis zum Jahre 1872 in der jüdischen Elementarschule in München erzogen und unterrichtet wurden, ohne deshalb an unserer Aufnahmsfähigkeit für deutsche Kultur und Wissenschaft und an unserer Hingabe und Begeisterung für unser gemeinsames deutsches Vaterland irgendwie Schaden zu nehmen. Und wenn all diese religiösen und pädagogischen Gesichtspunkte keine Gnade vor dem Liberalismus unserer Gegner finden sollten, dann müßte sie schon das einfachste Gebot von Selbstachtung und Selbstwürde zu einer der Errichtung jüdischer Volksschulen sympathischen Stellungnahme veranlassen. Als einen „Schritt ins Ghetto zurück" bezeichnen unsere Gegner die fakultative Errichtung einer jüdischen Volksschule! Mit köstlichem Humor hat Herr Dr. Klee die Herren vorigen Donnerstag darauf aufmerksam gemacht, daß Frankfurt und Hamburg, die doch auch halbwegs anständige, beinahe so „bekowede" jüdische Gemeinden darstellen, wie es München ist, schon längst jüdische Volks- und Mittelschulen besitzen und daß auch — horribile dictu — in der bayerischen Kultusgemeinde Fürth eine jüdische Mittelschule besteht, ohne daß unsere Hamburger, unsere Frankfurter und unsere Fürther Glaubensgenossen sich dadurch „ins Ghetto zurückgeführt" erachten oder von ihren christlichen Mitbürgern als Ghettojuden betrachtet werden! Und diese schroff ablehnende Geste gegen die jüdische Volksschule erfolgt, obwohl die maßgebenden Herren aus mehrmaligen Sitzungen unseres Schul- und Finanzausschusses ganz genau darüber unterrichtet sind, daß ihr liberaler Rabbiner und ihre aktiven jüdischen Religionslehrer — die passiven (!) unter Führung des Herrn Hauptlehrers Heinrich Frei sollen angeblich anderer Auffassung sein — begeisterte Anhänger der Errichtung einer jüdischen Volksschule von Gemeindewegen sind und obwohl ihr bedeutendster Führer, der unermüdliche Schöpfer unserer neuen bayerischen und Münchener Gemeindeverfassung seinen liberalen Freunden erklärt haben soll, daß er sich in der Frage der jüdischen Volksschule niemals einem liberalen Fraktionsbeschluß fügen werde, weil auch er der Anschauung sei, daß die Schaffung jüdischer Gemeindeschulen beim Stand der derzeitigen Gesetzgebung in Bayern eine Forderung der Selbstachtung und Selbstwürde für das bayerische Judentum sei.

Der Wahlkampf ist zu Ende — die nächsten Tage sollen die Entscheidung bringen! Doch nein! Die Entscheidung ist gefallen — die Krise unseres Gemeindelebens ist beendet. Denn diese Entscheidung war gefallen und diese Krise, sie war am Abend des 3. März im Bayerischen Hof gelöst, als das Schlußwort von Rechtsanwalt Dr. Klee zu seinem Vortrag „Die Aufgaben der deutschen Juden" verklungen war und immer wieder tosender Beifall von Rechts und Links diesem unerschrockenen Vorkämpfer jüdisch positiver Weltanschauung für seine Offenbarung lohnte. Wie nannten es doch unsere Altvordern, wenn eine plötzliche Wendung in ihren Geschicken einge-

treten war? Sprachen sie nicht davon, daß von heute ab „eine andere Sidre gehe“? Und wie schrieb doch Goethe 1792 nach dem Kanonendonner von Valmy? Schrieb er nicht, daß eine neue Epoche in der Weltgeschichte eingetreten sei und daß wir uns freuen sollten, „dabei gewesen zu sein“? Nun wohl! Wer der Versammlung vom 3. März im Bayerischen Hof angewohnt hat und wer die wohlabgewogenen anschließenden verständnisvollen Erklärungen des liberalen Führers, Rechtsanwalt Dr. Oestreich, richtig zu würdigen verstand, der weiß, daß — ganz gleichgültig wie die Würfel am nächsten Sonntag fallen — mit der Versammlung vom 3. März ein neues Blatt in der Geschichte der jüdischen Gemeinde München begonnen hat und daß der Verlauf dieses Abends auch den liberalen Führern das ausgesprochene oder unausgesprochene Geständnis abnötigte: „Wir müssen auf der ganzen Linie umlernen.“

Von Bezalel, dem genialen Künstler, und von den hochgesinnten und hochgestimmten Werk- und Zimmerleuten, die bei dem Bau des ersten Heiligtums unserer Vorfahren in der Wüste so unverdrossen mithalfen, erzählt der nächste Wochenabschnitt — auch von ihrem Bauprogramm, das die Bibel in die drei Worte zusammenfaßt: והיה המשכן אחד, daß die Stiftshütte eine alle Richtungen, alle Stämme, den Einheimischen wie den Fremdling zusammenschließendes und zusammenschweißendes Heiligtum bilden solle. Ihr, Miglieder der Gemeinde München, Ihr Männer und Frauen, die Ihr doch sonst in wirtschaftlichen und anderen Fragen, ehrendes Vertrauen in mich setzt, laßt Euch nicht von wahrheitswidrigen, gehässigen Schlagworten, wie von den „Pollaken und Galizianern“, mit denen wir München überschwemmen und von dem „Ghetto“, in das wir Euch zurückführen wollen, gegen das überlieferte Judentum, dem Eure Väter und Großväter angehangen haben, plötzlich irreführen und verhetzen! Neue Zeiten sind angebrochen, die auch in unserer Gemeindestube neue Männer erheischen, die wie einstens Bezalel nunmehr Bezel El, im Schatten des Höchsten, unter den Fittigen der Gottheit die neue Verfassung für unser Münchener Heiligtum zimmern sollen. Der Begriff, den der gläubige Jude mit den Worten „im Schatten des Höchsten“ verbindet, wird vom Klassizismus des Mittelalters in die lateinischen Worte „sub specie aeternitatis“ — unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeitswerte umgeprägt. Aber einerlei, ob wir die Probleme, deren Lösung unser demnächst in der Münchener Gemeindestube harrt, als „Arbeit im Schatten des Höchsten“ oder als „Ewigkeitswerte“ bezeichnen, das Werk kann nur gelingen, wenn wir ein alle religiösen Richtungen, alle Stämme, den Einheimischen wie den Ausländer mit der gleichen Liebe und der gleichen Begeisterung zusammenschließendes und zusammenschweißendes Heiligtum zimmern helfen. Dann, aber nur dann, wird es uns vergönnt sein, dieses Heiligtum Bezel El, unter den Fittigen der Gottheit, unter Dach und Fach zu bringen und das gemeinsame Band, das alle in München lebenden Glaubensgenossen vereint, wieder zu jenem idealen heiligen Gebilde zu gestalten, das die liberale Ära der letzten 40 Jahre so stillos verunstaltete: zu einer alten jüdischen Kehilloh.

Verdunkelungsgefahr.

In Mittelamerika und sonstwo in dunklen Gegenden gibt es allerlei interessante Republiken, in denen die „Politik“ meist ein fatal persönliches Gepräge hat. Präsidenten werden erhoben und gestürzt, wer weiß, warum, und der Nachfolger gleicht dem Vorgänger wie ein Ei dem anderen. In solchen geistig und moralisch korrumpierten Staaten verbinden sich die Parteien und ihre „Führer“ offenbar nicht, um Ziele durchzusetzen, sondern um sich selbst durchzusetzen. Ihnen geht es lediglich um die süße Macht; mag auch das Land, dem zu dienen sie vorgeben, darüber zu Grunde gehen.

Im deutschen und wohl auch im bayerischen Judentum soll es vor Zeiten eine „Khillewirtschaft“ gegeben haben, deren Grundsätze mittelamerikanischen Anschauungen ein wenig verwandt waren. Da gab es in den Gemeindestuben Dynastien von Notabeln, die ihre kurulischen Sessel als eine Art Eigentum betrachteten wie ihre Theaterloge. Da wurden persönliche Kämpfe unbekümmert um Anschauungen ausgefochten und blieb einer der Würdenträger auf der Strecke, so durfte man sicher sein, daß der glücklichere Nachfolger die Bahnen des verehrten Herrn Vorgängers nicht verlassen würde.

Derartige Zustände will heute niemand mehr. Wahre Demokratie hat der Khillewirtschaft ein Ende gemacht. Es ist das verdienstvollste Werk des verdienstvollen Schöpfers der Verbandsverfassung, Herrn Oberlandesgerichtsrats Neumeyer, daß das von ihm vorgeschlagene, von der Nürnberger Tagung einstimmig beschlossene Wahlrecht die Zahl der Abzuordnenden nach der Wahlbeteiligung bemißt. Auf das Volk also kommt es an, und das Volk verlangt Stellungnahme, erkennbare Ziele, Leben. Nicht kämpft mehr Person gegen Person: es steht Sache gegen Sache. Der Kampf der Überzeugungen, der Wahlkampf wird zur Grundlage des Verbandes.

So ergibt sich die Klärung, die Scheidung der Geister. Parteien treten einander gegenüber, die diesen Namen verdienen: die Jüdische Volkspartei und die Liberale Partei, wie sie der Wahlkreisleiter für Mittelfranken in offizieller Veröffentlichung nennt.

Wahrhaftig, es hat sich ausgeklüngelt. — Was macht es demgegenüber, daß die Volkspartei mehr „fordert“, die Liberale mehr „nicht will“. Es wird sich ja zeigen, wofür sich die Wähler entscheiden, ob die positiven Kräfte bereits stark genug zu bedeutendem Erfolge sind. — Immerhin, mag das Ergebnis sein, wie es will: Eine gewisse Säuberung des jüdischen öffentlichen Lebens ist auf jeden Fall zu erwarten.

War zu erwarten. Ach wäre man doch etwas weniger optimistisch! Ein Flugblatt, das zufällig in unsere Hände kam, strafte unsere Hoffnung Lügen. Erst hielten wirs für ein ungeschicktes Machwerk irgendwelcher Volksparteiler. Aber weshalb wurde es dann nur den Mitgliedern der Klein- und Mittelgemeinden, nicht denen der Großgemeinden zugestellt? Es enthielt ja nichts als unsere alten, wohlbekannten Volksparteiforderungen,

die seitens der Liberalen in München und Nürnberg so grimmig bekämpft werden. Was gab es da zu verschweigen? Wer wußte nicht, daß wir die jüdische Volksschule, Gerechtigkeit gegen die Ostjuden, Erhaltung der Mittel- und Kleingemeinden (nicht nur der sogenannten „lebensfähigen") verlangen?

Da kam die Überraschung! Es folgten nicht Unterschriften der Volkspartei. Unterschrieben hatten dieselben Herren, deren Namen u. a. den „liberalen" Wahlvorschlag füllen, bei lag dem Flugblatt der „liberale" Wahlzettel!

Also in Nürnberg, in München, in den größeren Gemeinden ist man g e g e n Volksschule, Ostjuden, starke Belastung durch Kleingemeindenfürsorge; in Erlangen, Neustadt a. A., Forchheim oder Gunzenhausen f ü r Volksschule, Ostjuden, Kleingemeinden. Wer denkt nicht an Gustav Freytags Schmock, der schreiben konnte rechts und schreiben konnte links? Man wende nicht ein, daß ein Teil der liberalen Wahlmänner diese, ein anderer jene Flugblätter unterschrieben hätte. Es sind gleiche Brüder mit verschiedenen Kappen, sie stehen auf demselben Wahlvorschlag. Sie sind für einander verantwortlich; denn auf irgendein Programm müssen sie sich doch geeinigt haben, wenn es auch schwer ist, zu erkennen, auf welches.

Oder sollten sie kein Programm besitzen? Ginge es ihnen um keine jüdische Idee, nicht um das Judentum? Ginge es ihnen nicht um jüdische Ziele, ginge es — wir wagen es kaum auszusprechen, denn wir wollen niemand beleidigen — ginge es wirklich wieder nur um Notabelnherrschaft, um die Macht von Personen?

Wäre dem so — und wir müssen leider gestehen, daß der Verdacht naheliegt — so wäre es Aufgabe aller aufrechten Juden, für die politische Moral im Verband einzutreten. Wir wehren uns gegen mittelamerikanische Sitten im bayerischen Judentum. Uns ist die Person nichts, die Sache alles!

Wir glauben freilich, daß irgendwelche Wahlpraktiker unserer guten Sache nicht ernstlich werden schaden können. Wir glauben an die den Dingen innewohnende Gerechtigkeit. Präsident Lincoln, der große Unantastbare, sagte einmal: Man kann Einige allzeit zum Narren halten; man kann Alle einige Zeit zum Narren halten. Aber man kann nicht Alle allzeit zum Narren halten.

G—.

Wo stehe ich?

Am 13. März 1921 fällt die Entscheidung, wer in den nächsten Jahren die Geschicke der jüdischen Gemeinde und des Landesverbandes leiten soll. Unmittelbar vor der Entscheidung hat sich jeder jüdische Wähler und jede jüdische Wählerin die Frage vorzulegen: Wo stehe ich? Besonders eindringlich ergeht diese Mahnung an alle Nichtorganisierten. Wir wenden uns zwar nicht wie der Wahlaufruf der Liberalen an „diejenigen, die sich sonst — ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — nicht um jüdische Dinge kümmern", denn wir glauben, daß überhaupt kein Jude das Recht hat, sich nicht um jüdische Dinge zu kümmern, und wollen unter unseren Wählern nicht jüdisch Indifferente, sondern nur jüdisch Bewußte sehen. Alle jüdisch Bewußten sollen und müssen am 13. März ihre Stimme für die jüdische Volkspartei in die Wagschale legen.

Die liberale Wahlvereinigung versucht durch eine von ihrem Standpunkt aus nicht ungeschickte Agitation, die Punkte, um die es in diesem Wahlkampf vorzugsweise geht, zu verschieben. Als Hauptkampfruf gilt das Schlagwort: Gegen die jüdische Schule. Dieser Punkt ist ganz zu Unrecht in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, denn in Wirklichkeit ist die Errichtung einer jüdischen Volksschule längst kein Streitpunkt mehr. Die Gemeindevertretung hat auf ihre Errichtung keinerlei Einfluß, da diese ganz ohne ihr Zutun geschaffen wird. Die gesetzlichen Voraussetzungen (nach dem Schulbedarfsgesetz vom Jahre 1919) liegen hier vor und die bayerischen Verwaltungsbehörden haben auch schon lange ihre Genehmigung erteilt. Es handelt sich also heute gar nicht mehr um die Frage der Errichtung oder Nichterrichtung der jüdischen Volksschule; auch wenn die alte Mehrheit in der Gemeindeverwaltung wiederkehren sollte, so ist die jüdische Volkschule nach den bayerischen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr aufzuhalten.

Nicht viel besser ist das Schlagwort der Liberalen, die jüdische Volkspartei wolle eine jüdische Volksgemeinde schaffen. Das Wahlprogramm der jüdischen Volkspartei weist mit keinem Wort auf die Schaffung einer Volksgemeinde hin. Das Schlagwort ist auch viel zu vieldeutig, als daß man sich darunter etwas denken könnte. Was sich die Liberalen darunter vorstellen, ergibt sich aus dem, was ihr Aufruf als Gegensatz der Volksgemeinde bezeichnet, nämlich das Festhalten an dem Charakter der Gemeinde als einer Glaubensgemeinde. Auch die jüdische Volkspartei tritt mit allen Kräften dafür ein, daß die Gemeindeverwaltung den religiösen Institutionen die größte Sorgfalt angedeihen läßt. Aber die Gemeinde darf sich nicht darauf beschränken, nur für Synagoge und Kultus

zu sorgen, sondern sie soll und muß wieder der **Mittelpunkt** alles jüdischen Lebens werden. Alle sozialen Aufgaben müssen in den Kreis des Gemeindelebens einbezogen werden. Der Kampf gegen den Antisemitismus, in welchem die Gemeindevertretung in den schweren Zeiten des vergangenen Jahres versagt hat, muß von der Gemeindeverwaltung als von der berufensten Vertretung der Judenheit energisch geführt werden. Endlich aber obliegt es der Gemeinde, den kulturellen Werten, welche im Judentum liegen, weitgehendste Pflege und Unterstützung angedeihen zu lassen. Diese Aufgaben gehen allerdings über einen rein religiösen Charakter der Gemeinde hinaus. Wenn man das „Volksgemeinde“ nennen will — wir streiten uns nicht um Worte! Aber jeder aufrechte Jude, der zwischen der Zahmheit und Mattheit der bisherigen Gemeindevertretung und den weiter gesteckten Zielen der jüdischen Opposition zu wählen hat, dem kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Nicht um die Wahl zwischen einzelnen Schlagworten handelt es sich, sondern die Entscheidung dreht sich um die Grundfrage: Schwächliches Assimilantentum oder Eintreten für ein kräftiges, seiner selbst bewußtes Judentum.

Dr. Julius Siegel.

Wahlrecht oder Wahlunrecht?

Daß die jüdischen Kultusgemeinden in Bayern die Wahlberechtigung ihrer Mitglieder selbständig bestimmen können, verdanken sie dem Umstande, daß sie minderen Rechtens sind. Wären sie im bayerischen Staate den christlichen Kirchen ebenbürtig, so wäre diese Verfassungsfrage auch für sie durch die z. Zt. geltende bayerische Kirchengemeindeordnung geregelt. Diese ist ebenso undemokratisch, wie die z. Zt. in Bayern geltende Schulverfassung, die selbst an den allgemeinen Volksschulen nur christliche Lehrer zuläßt. Nichtreichsangehörige Protestanten und Katholiken sind danach zwar kultussteuerpflichtig, haben aber kein Wahlrecht, weder ein aktives noch ein passives. Es ist klar, daß dies den demokratischen Grundsatz verletzt, daß, was alle gemeinsam angeht, auch alle gemeinsam beschließen sollen. Denn es ist nicht einzusehen, was die Funktionen der Kirchengemeinden mit der Staatsangehörigkeit der Glaubensangehörigen zu tun haben sollen. —

Dafür, daß es nicht nur ungerecht, sondern auch unklug ist, Steuerpflichtige ohne zwingenden Grund von dem Mitbestimmungsrecht über die Steuerpflicht auszuschließen, gibt es zwei geschichtliche Beispiele von großer Beweiskraft. Der Bekämpfung des oben erwähnten Grundsatzes demokratischer Gerechtigkeit verdankt England den Verlust von 13 nordamerikanischen Kolonien. Seiner Verteidigung verdankt dasselbe England, daß es fast unmittelbar nach einem mit der größten Erbitterung geführten Kriege sich sowohl die Sympathie der besiegten Buren wie der von diesen entrechteten Uitlanders erwarb. Gerechtigkeit ist weltpolitisch angesehen nicht bloß die größte Tugend, sondern auch das beste Geschäft. —

Leider gibt es selbst unter sogenannten „Liberalen“ — sowohl jüdischen wie nichtjüdischen — Viele, die das nicht einsehen. Diese Leute halten sich immer dann für ganz besonders erleuchtete „Realpolitiker“, wenn sie sich dem Vorurteil oder der Gewalttätigkeit der großen Mehrheit blindlings unterwerfen. So gibt es auch jüdische Realpolitiker, die da meinen, schon zur Entkräftung des häufigen Vorwurfs, die Juden sonderten sich freiwillig ab, die Verfassung der großen christlichen Glaubensgemeinschaften auch dort nachahmen zu müssen, wo sie veraltet und ungerecht ist.

Gibt sich dieser Standpunkt für nichts anderes, als er ist, nämlich für den aus Opportunitätsgründen erfolgten Verzicht auf die alte liberale Forderung der freien Kirche im freien Staat, so mag man ihn respektieren, auch wenn man ihn nicht teilt. Gibt er sich aber als besonders grundsatzfest und nimmt er gar in Anspruch, die Verwirklichung des demokratischen Prinzips der Rechtsgleichheit darzustellen, so muß man ihm diese Maske — denn sonst ist es nichts — entreissen. Es bedeutet praktisch nicht das Gleiche, ob man die Reichsangehörigkeit für Juden oder ob man sie für Nichtjuden zur Voraussetzung der Wahlberechtigung innerhalb der Religionsgemeinde macht. Denn bekanntlich begegnet der Jude in Bayern — aber auch in anderen deutschen Staaten — bei der Nachsuchung der Aufnahme in den Staatsverband ganz anderen Schwierigkeiten, als der Nichtjude. In den christlichen Kirchengemeinden wird deshalb der Fall nicht vorkommen, daß ganze Generationen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, wie bei uns. Die Entrechtung, die darin liegt, daß der nicht reichsangehörige Steuerzahler innerhalb der Glaubensgemeinschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen oder in seinem Wahlrecht beschränkt wird, ist also in dem einen Fall viel bedeutungsvoller als in dem anderen. Dazu kommt, daß für den nichtdeutschen Protestanten oder Katholiken die Tätigkeit der Vertretungskörper der Kirchengemeinden auch nicht entfernt die Bedeutung hat, wie für den nichtdeutschen Juden. Selbst wenn daher der Ausschluß des Ausländerwahlrechtes bei den Wahlen zu den Vertretungskörpern der christlichen Kirchengemeinden volle Berechtigung hätte, brauchte er noch nicht auch für die Wahlen zu den Vertretungskörpern der jüdischen Kultusgemeinden gerecht zu sein. — Formale Rechtsgleichheit in Ehren — aber nicht, wenn sie angerufen wird zur Beschönigung materieller Rechtsungleichheit.

M. P.

Elijahu Tischbi in Laudorf.

Eine Legende.

Es war in den Tagen, da der Druck des Golus härter lastete auf den Juden als je zuvor. Da beschloß der Herr, seinem Volk den Weg der Rückkehr zu eröffnen. Und er richtete das Wort an seinen treuen Knecht Elijahu und redete zu ihm also: „Elijahu, auf! Gehe hin zu den Kehilloth in Ost und West, bring' ihnen die Botschaft des nahenden Heils. Vor allen anderen lege ich dir ans Herz meine Kehillo K'doscho Laudorf. Halte dich auf in ihr und wirke in ihr; denn zu ermatten drohen dort die jüdischen Herzen, es erstarrt das Leben der Gemeinde.“ Und Elijahu tat nach dem Geheiß des Herrn.

Und es war in der Zeit des Pesach, am Vorabend des Festes, da kam Elijahu an in der Stadt Laudorf. Er erkundete dorten die Häuser einiger von den Obersten der Kehillo, solcher, die Amt und Ansehen besaßen in der Stadt und die Verantwortung trugen für das Leben der Kehillo. Und er gedachte, zu künden ihnen die Botschaft der Erlösung am Abend des Seder, wenn sie feiernd saßen im Kreise der Ihren und beim Klang des Sch'foch Chamos'cho zur Türe schauten, har-

rend des Propheten, damit er leere mit ihnen den bereitgestellten Kos schel Elijahu: L'schonoh habooh bijruscholojim.

Und er ging vor das Haus des Einen. Sieh da, die Tür war geschlossen und niemand öffnete, so sehr er auch pochte. Kein Seder war gerüstet im Hause und das Haus war wie tot.

Und er ging weiter zum Haus eines anderen der Oberen. Geschlossen war auch hier die Tür. Er pochte. Und ein Mädchen öffnete, sah ihn an, lief hinein in ein Zimmer, und der Fremdling hörte es drinnen sprechen, und in sein Ohr klangen Worte wie Pollak und Schnorrer. Da kam heraus der Herr des Hauses, trat hin zu dem Fremden, der stand an der Tür, und fragte, wer er sei und was sein Begehr. Der antwortete: „Elijahu Tischbi bin ich und komme von weiter Reise. Wichtige Nachricht bringe ich für die Kehilloh." Jener erwiderte: „Bedauere, Herr Tischbi, in Gemeindeangelegenheiten ist Sprechstunde erst wieder nach den Feiertagen in der Gemeindekanzlei. Dort bin ich zu sprechen, hier ist die Privatwohnung, und außerdem bin ich abends in jüdischen Angelegenheiten nicht tätig." Das Kind des Mannes aber stand dabei und faßte Mitleid in seinem Herzen mit dem weißhaarigen müden Fremden. Es lief in die Kammer und holte ein Stück Brot, gebacken aus feinem Weizenmehl und reichte es ihm. Elijahu nahm es und dachte in seinem Sinn: „Gesäuertes ist es. Aber du gibst es aus jüdischem Herzen, armes Kind des Reichen." Und er dankte dem Kind und ging von dannen.

Als um waren die Feiertage, da machte sich auf der Prophet und ging an den Ort, allwo die Ratsmänner und Beamten die Angelegenheiten der Kehilloh lenkten. Und er redete zu ihnen, daß wiedereröffnet sei dem jüdischen Volk die Rückkehr nach Erez Israel; mit ins Werk setzen sollte die Kehilloh das große Unternehmen, aufrufen sollte die Verwaltung die Männer der Stadt zu einer großen Feier und zu großen Spenden für die Wanderer und . . . . . Einer der Männer, die dort saßen, fiel ihm ins Wort und sprach zu ihm, ihn ansehend wie ein Fremder einen Fremden: „An falscher Stelle sind Sie, Herr Tischbi, Deutsche sind wir mosaischer Konfession und wir verwalten gemäß den Gesetzen dieses Landes Dinge des jüdischen Kultus. Kein Geld ist in unseren Kassen für jüdische Menschen und jüdische Dinge in anderen Ländern. Nicht wohl klingt unseren Ohren und gefährlich dünkt uns für den Ruf der Gemeinde Ihr Reden von jüdischem Volk und jüdischem Land. Gehen Sie damit zu Ihresgleichen, den Zionisten!"

Elijahu wandte sich und ging. Und er schrie auf zu Gott und sprach: „Mein Herr, mein Herr! Nimm von mir Deinen Auftrag, denn zu schwer ist er für mich, ich kann ihn nicht erfüllen. Starr wie Stein sind die Herzen jener, abgefallen sind sie von Dir und fremden Göttern hangen sie an. Dem Mammon dienen sie und nennen es Gottesdienst. Furcht haben sie vor dem Urteil der Menschen und nennen es Gottesfurcht. Ein totes Glied ist am Leib Deines Volks Deine Kehilloh Laudorf.

Da sprach der Herr: „Nicht also sprich mein eifervoller Knecht Elijahu! Heran rückt die Zeit und es endet die Gewalt der Gemeinde-Obern in Laudorf. Aufgerufen sind die Männer der Gemeinde, zu ernennen sich neue Obere, die lenken sollen ihre Geschicke. Mein Volk hat die Wahl. Wählen können sie, Heil oder Untergang. Auf, mein Knecht, geh' abermals hin nach Laudorf, hilf meinem Volk und weis ihm den rechten Weg."

Und es war um die Zeit der Wahlbewegung in Laudorf. Da machte Elijahu sich auf dorthin. Und er trat vor die Beamten, die da rüsteten die Wahl. Und er sprach zu ihnen also: „Nehmt auf mich in die Zahl der Männer, die gewählt werden sollen von der Kehilloh, zu lenken ihre Geschicke". Jene fragten: „Wie ist Ihr Name und wo und wann sind Sie geboren?" „Elijahu Tischbi heiße ich, aus Gilead bin ich und vor zwölf mal zwölf Geschlechtern bin ich geboren." Da fragten jene: „Was ist Ihr Beruf?" „Reisender bin ich im Auftrag der Gesellschaft ‚Klal Jisroel'." Und weiter fragten jene: „Welchem Staat gehören Sie an?" „Bürger bin ich des alten Judenstaates und — so Gott es will — des künftigen." Da entgegneten jene: „Herr Tischbi, Ausländer sind Sie, nicht wählbar in unserer Gemeinde nach deren Satzungen." Der Prophet erwiderte: „So ändert Eure Satzungen! Ist Elijahu Tischbi, der Prophet, nicht würdig Parnes zu sein in irgend einer jüdischen Kehilloh?" Doch jene sprachen: „Gott sei davor, daß nichtdeutsche Juden verhandeln als Vertreter der Kehilloh mit deutschen Behörden. Und fern bleibe von unserer Gemeinde die Gefahr, daß Steuergelder deutscher Staatsbürger für ausländische Zwecke verwendet werden." Da sprach der Prophet: „So nehmt mich denn auf in die Zahl der Wähler, auf daß ich wenigstens meine Stimme gebe wackeren Männern." Jene fragten: „Wo ist Ihr Wohnsitz?" Er sprach: „Wanderer bin ich seit langen Geschlechtern und keinen Wohnsitz nenne ich mein eigen." Da ward ihm entgegnet: „Berechtigt zu wählen sind nur Männer, die 5 Jahre in Laudorf wohnen. Wenn Sie, Herr Tischbi, 5 Jahre unter uns geweilt haben werden, vertraut sich gemacht mit den Sitten der Stadt, sich angepaßt haben unseren Gewohnheiten, d a n n dürfen Sie wählen."

Da erschrak der Prophet und er sprach zu Gott in seinem Herzen: „Mein Gott, mein Gott, 5 Jahre in Laudorf leben — — —, mich diesen anpassen. — — — Aber Deinem Auftrag gehorche ich und mit Deiner Hilfe werde ich bestehen." Und laut sprach er zu den Beamten: „Dann begehre ich von der Gemeindeverwaltung, sie solle mir helfen bei der Obrigkeit der Stadt, Aufenthaltsbewilligung von ihr zu erhalten." Ihm entgegneten jene: „Nicht zuständig ist hierfür die Verwaltung. Gehen Sie hin zum Ostjuden-ausschuß!"

Und der Prophet tat also. Er ging hin zum Ausschuß und dieser machte für ihn das Gesuch.

Und es wußte der Ausschuß, daß die Obrigkeit wenig geneigt war dem Zuzug östlicher Propheten. Und man nannte ihr als den Beruf Herrn Tischbis: „Jüdischer Religionslehrer und Prediger.“ Die Obrigkeit aber verlangte den Nachweis, daß er Anstellung habe und Brot empfange von der Verwaltung der jüdischen Gemeinde. Und zu der Verwaltung machten sich auf die Männer vom Ausschuß und sie redeten also: „Anstellung gebt Elijahu, dem Propheten, im Dienst der Gemeinde.“ Aber keine Verwendung hatte die Verwaltung für Lehrer und Prediger von der Art des Propheten und sie beschied: „Ihr Männer vom Osten, nicht können wir erfüllen Eure Bitte. Uns obliegt es, zu richten uns nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Männer der Kehilloh. Die Stellen aber sind entsprechend besetzt.“

So mußte denn der Prophet Laudorf verlassen. Und Gott entband ihn seines Auftrags. Und weiter trug der Prophet den Gedanken des Klal Jisroel zu anderen Gemeinden. Die Kehilloh Laudorf aber, die Gott vor anderen ersehen hatte, daß der Prophet in ihr wirke, ist der Gnade verlustig gegangen. Durch die Macht der Obrigkeit? Durch eigenen Willen!

So liegt es in Gottes Plan beschlossen. Der Golus endet, wenn sich das Volk selbst erlöst. Rückkehr ist Umkehr. Geuloh, Teschuwoh . . . . Gott hat den Menschen die freie Wahl gelassen. Wird der Prophet noch einmal nach Laudorf kommen?

Bekanntmachung.

Wir geben hiermit bekannt, daß die Wahl zur Tagung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden und zur Gemeindevertretung der Kultusgemeinde München

Sonntag, den 13. März 1921

von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr stattfindet.

Die Kultusgemeinde München ist in 4 Stimmbezirke eingeteilt.

I. Stimmbezirk umfaßt die Stadtbezirke 3, 4, 6, 8, 9, 20, 21, 23 und 25.

a) Von Nr. 1—1200 Wahllokal Herzog Maxstraße 7/0.
Wahlvorsteher Michael Nußbaum.
Wahlvorsteher-Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Elias Straus.

b) Die Nr. über 1200 Wahllokal Herzog Maxstraße 7/I.
Wahlvorsteher Albert Landauer.
Wahlvorsteher-Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Karl Östreich.

II. Stimmbezirk umfaßt die Stadtbezirke 1, 13, 14, 15 und 29.
Wahllokal Herzog Rudolfstraße 3.
Wahlvorsteher R.-A. J.-R. Eugen Beer.
Wahlvorsteher-Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Max Feuchtwanger.

III. Stimmbezirk umfaßt die Stadtbezirke 5, 7, 22, 26, 27 und 28.
Wahllokal Kaulbachstraße 65.
Wahlvorst. Hermann Rosenthaler.
Wahlvorsteher-Stellvertreter Kommerzienrat Bühler.

IV. Stimmbezirk umfaßt die Stadtbezirke 2, 10, 12, 16, 17, 18, 19 und 24.
Wahllokal Klenzestraße 4.
Wahlvorsteher Isidor Popper.
Wahlvorsteher-Stellv. Jakob Fraenkel.

München, 2. März 1921.

Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde.

Zur Mazzosversorgung.

Die **„Zentrale für Mazzosversorgung G. m. b. H.“**, Frankfurt a. M., schreibt uns: „Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat sich infolge der ihm vorgebrachten Klagen der jüdischen Bevölkerung über die Unzulänglichkeit der bisher für die Mazzosherstellung zum nächsten Pessachfeste von der Reichsgetreidestelle bereitgestellten Mehlmenge veranlaßt gesehen, eine weitere Mehlmenge für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Wir sind hierdurch in den Stand gesetzt, die Kopfanteile höher zu bemessen, als in unserem Rundschreiben vom November in Aussicht gestellt werden konnte.

Unter dem Vorbehalte, daß es ohne Zwischenfall möglich sein wird, die verfügbare Mehlmenge zu verbacken, setzen wir hierdurch im Sinne von Ziffer III. 4. der „Grundsätze für die Herstellung und den Vertrieb von Mazzos (Osterbrot) nach § L Abs. I der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920“ den Kopfanteil wie folgt fest:

Bestellschein A: 4½ Pfund
Bestellschein B: 2 Pfund.

Die Lieferung von Mazzos an die Verbraucher wird den Bäckereien vom heutigen Tage an freigegeben. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Reichsgetreidestelle im Interesse der Mazzosverbraucher zur Verfügung vom 16. Fbr. Nr. B 100 eine Abänderung der Bestimmungen über den Abzug der Brotmarken vorgenommen hat. Diese Verfügung ändert Abs. III Ziffer 5 der oben erwähnten „Grundsätze“ dahin ab, daß die Brotkarte um diejenige Brotmenge (nicht Mehlmenge) gekürzt wird, die der bestellten Mazzosmenge entspricht. Die Kommunalverbände haben den Verbrauchern die Brotkarte bei der Ausgabe derart zu kürzen, daß für je 100 Gramm Mazzos 100 Gramm Brot (nicht Mehl) in Ansatz zu bringen sind. Etwa sich ergebende Markenbruchteile werden zu Gunsten des Verbrauchers abgerundet.

Die Kommunalverbände sind durch die erwähnte Verfügung vom 16. 2. entsprechend benachrichtigt worden.

Mit Rücksicht auf den höheren Preis der neu zur Verfügung gestellten Menge hat sich eine Abänderung der Höchstpreise notwendig erwiesen. Diese betragen nunmehr:

für 1 Pfund Mazzos . . . . Mk. 5.—
für 1 Pfund gemahlene Mazzos Mk. 5.20

Fritz Mordechai Kaufmann

Nach Schluß der Redaktion erreicht uns die erschütternde Kunde vom Tode Fritz Mordechai Kaufmann. Der Verlust, den das jüdische Leben Deutschlands erlitten hat, ist unermeßlich und am tiefsten getroffen, verwaist stehen die Ostjuden am Grabe dieses deutschen Juden, der sie kennen, verstehen und lieben lernte, wie kein zweiter, der sich für sie aufopferte. R.

Feuilleton

Paradies-Äpfel.

(Schluß.)*)

„Also an einen Vergleich ist nicht zu denken?" sagte Bandmann bedauernd. „Schade! Die Sache eignete sich doch in hervorragendem Grade dazu. — Es handelt sich um Gegenstände des israelitischen Rituals; da sollte doch den Parteien, welche beide mosaischer Konfession sind, daran liegen, solche Streitigkeiten nicht bis zum Äußersten kommen zu lassen, wenn sie schon nicht umhin gekonnt haben, sie gerichtlich anhängig zu machen. — Was meint denn der Beklagte dazu?"

„Na — nun machen Sie mal den Mund auf!" sagte Wenzel und schob seinen Klienten, der trotz des milden Frühlingswetters einen dicken Pelz trug, vor den Richtertisch.

„Herr Präsident!" sagte Boruch. „Ich bin ein friedlicher Mensch, — aber mit der Sache habe ich so viel Ärger gehabt; soll ich da noch Geld zuzahlen? — Man kann doch die Früchte nicht im Tempel gebrauchen, wenn die Stengel fehlen —"

„Na ja!" sagte Bandmann. „Ich persönlich verstehe zwar nicht recht wieso gerade die Integrität des Stengels die rituelle Verwendbarkeit so beeinträchtigen soll. — Am Ende hat im Paradies damals der Apfel auch keinen Stengel mehr gehabt als Adam anbiß, — aber da werden wir uns ja wohl der größeren Sachkunde des rabbinatlichen Gutachtens fügen müssen. Immerhin liegt rechtlich die Sache nicht so ganz klar. — Wollen Sie da nicht lieber aus freien Stücken dem Kläger die Hälfte bezahlen?"

„Wofür? — Für die abgerissenen Stengel?"

„Habe ich Stengel verkauft?" rief auf einmal Herr Pfeffer, ein schmales blasses Männchen mit dünnem Spitzbart und großer Brille. „Ich habe Früchte verkauft! — Wenn ich Birnen kaufe und die Birnen sind gut, kann ich nicht sagen, die Stengel sind nicht in Ordnung, — und dann nicht zahlen!"

„Habe ich Birnen gekauft?" rief Boruch. „Ist ein Ethrog eine Birne? — Sie haben doch gewußt, daß ich mir die Ethrogim nicht einmachen will!"

„Was geht mich an, wozu Sie gekauft haben! Meinethalben können Sie sie mit Schlagsahne essen!"

„Herr Direktor!" rief Hank. „Die Vergleichsverhandlungen haben wirklich keinen Zweck."

„Aber wieso denn?" sagte Bandmann, der sich bequem zurückgelehnt hatte und behaglich der Diskussion der streitenden Parteien folgte. „Sie sind doch auf dem Wege zur Verständigung. Lassen Sie die Leute sich nur aussprechen, Herr Rechtsanwalt Kahn!"

„Hank!!" schrie der kleine Anwalt außer sich.

„Hank?" sagte Bandmann, scheinbar aufs äußerste verwundert. „Aber diesmal irren Sie sich! Sie haben ja vorhin selbst zu Protokoll gegeben, daß Sie mit allerhöchster Genehmigung Ihren Namen geändert haben und jetzt Kahn heißen!"

Hank schnappte nach Luft.

„Sehen Sie doch bitte nach, Herr Referendar Lehnsen!" sagte Bandmann besorgt. „Wie war es doch?"

*) Anfang siehe Nummer 6.

Heinz beugte sich tief über das Protokoll; er mußte zweimal ansetzen, ehe er antworten konnte. „Rechtanwalt Hank, — früher Kahn" sagte er dann in möglichst amtlichem Tone.

„Ach, wirklich? — Also doch! — Dann muß ich um Entschuldigung bitten. Nicht wahr, — ein begreiflicher Irrtum? Es konnte ja ebenso umgekehrt sein. — Hank! Jetzt werde ich mir den Namen aber merken!"

„Darum möchte ich aber auch dringend bitten!" sagte Hank zornig.

„Aber warum denn so gekränkt?" fragte Bandmann unschuldig. „Ich habe mich eben geirrt und erkenne das an. — Jetzt erinnere ich mich auch ganz genau, daß Sie Hank sagten: Sie setzten ja noch hinzu: von Ihrer Taufe an bis heute!"

„Na, das sagte wohl ich!" schmunzelte Wenzel.

„Auch möglich!" sagte Bandmann. „Damit ist der Zwischenfall wohl erledigt! — Also nun wieder zu besagten Paradiesäpfeln. — Sie, Herr Boruch, hätten also religiöse Bedenken gegen die Verwertung der stengellosen Früchte?"

„Ohne Stengel sind die Früchte nicht zu gebrauchen! — Kein Mensch würde sie mir abkaufen, weil man doch nicht mit ihnen beten kann!"

„Was sagt der Kläger dazu?"

„Es kommt auf diesen Punkt gar nicht an", sagte Hank, der das Bedürfnis verspürte, eine etwas weniger passive Rolle zu spielen. „Ich will darauf gar nicht eingehen; ich persönlich verstehe ja davon nichts, aber —"

„Was?" fuhr Boruch dazwischen. „Sie verstehen nichts davon? Und dabei ist doch der alte Leiser Kahn selig Vorbeter gewesen im Tempel in Wongrowitz!"

„Ich bitte, mich gegen Insulten zu schützen!" rief Hank.

„Herr Boruch!" sagte Bandmann ernst. „Unterlassen Sie die Unterbrechungen und lassen Sie Ihre ungehörigen Bemerkungen gegenüber dem klägerischen Herrn Prozeßbevollmächtigten. — Der selige Leiser Kahn aus Wongrowitz geht weder das hohe Gericht etwas an, noch den Herrn Rechtsanwalt Hank. — Verstanden?"

„Aber der Rechtsanwalt Kahn — Hank — weiß doch ganz gut — jeder Jude weiß doch —"

„Ich bin Protestant, — wenn Sie nichts dagegen haben!" sagte Hank scharf.

Boruch sah ihm ins Gesicht und wurde auf einmal ganz ruhig.

„Ich habe nichts dagegen!" sagte er dann und trat zurück. „Ich habe nicht gewußt, daß der Anwalt von dem Herrn Pfeffer getauft ist!"

„Dafür kann ich doch nicht!" rief Pfeffer eifrig. „Er hat sich erst während des Prozesses taufen lassen! Da hatte ich schon den Vorschuß gezahlt!"

„Das ist eine Unverschämtheit!" begehrte Hank auf. „Ich werde das Mandat niederlegen, wenn Sie noch ein Wort sprechen!"

„Aber Herr Rechtsanwalt!" sagte Bandmann sanft. „Nicht gleich so erregt! Etwas mehr christliche Milde!"

„Ich muß gegen diese fortgesetzt gegen mich gerichteten antisemitischen und verletzenden Bemerkungen seitens des Herrn Vorsitzenden protestieren!" rief Hank jetzt außer Rand und Band.

„Antisemitisch? Verletzend?" rief Bandmann im Ton höchsten Erstaunens und sah wie entgeistert

die Beisitzer an, die ihrerseits entrüstete Gesichter machten. „Antisemitisch und verletzend? — Aber sind Sie denn überhaupt Israelit, Herr Hank?"

Hank war keiner Antwort mehr fähig; er ergriff hastig seine Akten und stürzte aus dem Zimmer.

„Haben Sie je so etwas gesehen? Was hat der Mann nur?" fragte Bandmann und sah sich nach allen Seiten um. — Sein Blick blieb auf Lehnsen haften, der noch immer tiefgebückt schrieb.

„Die Anträge haben Sie protokolliert, nicht wahr? — Herr Justizrat Wenzel hat Verwerfung der Berufung beantragt! — Termin zur Verkündung der Entscheidung in acht Tagen!"

Gemeinden-u.Vereins-Echo

Das Sekretariat der Zionistischen Ortsgruppe und des Jüdisch. National-Fonds befindet sich nunmehr Wagmüllerstraße 19, Ecke Galeriestraße. Geöffnet von 9—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. Telephon 21499. Spenden für den Jüdischen National-Fonds bitten wir nur noch dort einzubezahlen, oder auf Postscheckkonto Elisabeth Mahler 10121. Im Sekretariat sind auch N.F.-Wertzeichen und N.F.-Telegramme zu haben, die in künstlerischer Ausführung neu erschienen sind und zur eifrigen Benützung empfohlen werden können.

Bar Kochba München. Jugendabteilung. Gruppe I (14—17 Jahre): Samstag 4.30 Uhr Heimabend bei Goldfarb, Schweigerstr. 4. Sonntag 8.30 Uhr Treffpunkt Ostfriedhof. Montag 6—8 Uhr Hallentraining, Sendling, Plinganserstr. 84. Donnerstag 6 Uhr Schwimmen im Müllerschen Volksbad. — Gruppe II (6—14 Jahre): Mittwoch 6—8 Uhr Turnen im Neuen Realgymnasium, Klenzestr. 59.

Mädchen-Abteilung. Mädchen von 6 bis 16 Jahren turnen in getrennten Riegen unter Leitung von Frau Henny Reich jeden Dienstag von 5.30—7 Uhr in der Schwindschule, Ecke Schelling- und Schwindstraße (Linie 7).

Leichtathletik-Abteilg.: Um sämtlichen Mitgliedern den Besuch des Trainings zu ermöglichen, haben wir den Trainingstag auf Montag von 8—10 Uhr in der Turnhalle, Sendling, Plinganserstr. 84, verlegt. Wir erwarten nun von sämtlichen Mitgliedern pünktliches und regelmäßiges Erscheinen. Der Waldlauf wurde wegen der Wahlen von Sonntag, den 13. März, auf Sonntag, den 20. März, vorm. 9 Uhr ab Turnhalle Sendling, verlegt. Anschließend an den Waldlauf findet ein Handballspiel statt.

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar-Kochba Nürnberg. Der gesamte Turnbetrieb findet jeden Mittwoch von 5—9.30 Uhr in der Turnhalle, Landgrabenstr. 140 (Männerturnverein), statt: Herren-Abteilung: Abends 8—9.30 Uhr (Männerriegen, Jugendriegen (16—19 Jhr.), Alt-Herrenriege, Hallentraining der Leichtathletik-Abteilung). Gesamtleitung: Turnwart B. Kolb. — Damen-Abteilung: Abends 6.30—8 Uhr. Leitung: Frl. Meikler (staatl. geprüfte Turnlehrerin). — Zöglings-Knaben-Abteilung (6—16 Jahre): Nachmittags 5—5.45 Uhr. Leitung: Turnbruder Lorch und Freudenthal. — Zöglings-Mädchen-Abteilung (6—16 Jahre): Nachmittags 5.45—6.30 Uhr. Leitung: Frl. Meikler (staatl. gepr. Turnlehrerin). Anmeldungen am Turnboden oder an die Schriftführerin Frl. Karola Krämer, Nürnberg, Breitegasse 64/III.

Spendenausweis

Münchner Spendenausweis.

Nationalfonds: Dr. Raphael Straus und Frau sprechen Kurt Blumenfeld herzl. Beileid aus 5.—, Naftali Sturm grat. Jankel Teitel u. Frau zum Sohne 10.—, derselbe grat. zur Verlobung Landmann-Zellerkraut 10.—, Isaak Sturm grat. Jankel Teitel u. Frau zum Sohne 10.—, derselbe grat. zur Verlobung Tuchmann-Tuchmann 10.—, derselbe grat. zur Verlobung Landmann-Zellerkraut 10.—, Elisabeth Mahler grat. herzl. Jankel u. Adele Teitel 5.—, Kurt Bacharach grat. Martl Held zum Geburtstag 10.—, Gesammelt bei der Hochz. Spielmann-Simon durch Julie Simon 120.—, S. Harburger Sammlung anläßl. des Todes seines sel. Vaters 50.—, derselbe Sammlung anläßl. der Barmizwah-Feier seines Sohnes 50.—, Schlußfest der Jordania 72.30, aus dem Münchner Spendenbuch: Bernhard Lustig 50.—.

Gold. Buch Hanna Deborah Feuer: Fam. Z. Spielmann grat. Fam. L. Spielmann zur Vermählung ihres Sohnes 10.—, Familie David Horn grat. Teitel-Hecht zum Buben 5.—, Familie Botie grat. zur Verlobung Tuchmann-Tuchmann 5.—.

K. J. V. er Hain: Die zweisemestrigen Füchse danken Bbr. Markowitz für den Kurs 1 B. 25.—, frischgebackener Zahnarzt Herbert Auerbach grat. sich selbst 2 B. 50.—.

K.J.V.er Büchsenleerung: Richard Weindling 15.80, Gerassi 22.50, Herbert Baer 3.75, Hans Simon 14.25, Arthur Marschall 10.15, Alfred Marschall 12.90, Dr. Aron Isserlin 5.98, Max Nußbaum 24.45, Ludwig Conitzer 7.97, Kurt Nelken 22.30, Franz Preiß 1.65, N. N. 10.16, Max Stiefel 11.95, Franz Tannhauser 7.65, Rud. Liebstädter 28.40.

Statt Karten

ROSA BÜGELEISEN
OSKAR NOTOWITZ
Verlobte

NÜRNBERG MÜNCHEN

Die Geburt eines Söhnchens zeigen an

München, den 5. März 1921

JAKOB TEITEL und Frau HODL
geb. Hecht

Günstige Einheirat!

Suche für meine Schwester 25 Jahre alt, hübsches, schwarzes Mädel, Ostjüdin, bereits seit ihrem ersten Lebensj. in München, aus besserem frommen Hause, streng solid, gebildet, schick, lebenslustig, tüchtig im Geschäft und Haushalt, einen geschäftstüchtigen, jüdisch denkenden Herrn bis 32 Jahre der gewillt ist, in ein größeres En gros Rohproduktengeschäft in München das über 150000 Mk. Wert ist, als größerer Teilhaber einzuheiraten. Off. mit Bild, das in strengster Diskret. gehalten u. sofort zurückges. wird, bitte einzur. unt. „EINHEIRAT" an d. Exp. d. Jüd. Echo.



Bayer. Handelsbank München.

Am 15. Februar 1921 fand die
48. Pfandbriefverlosung (4%ige Stücke) statt.

Verlosungs- und Rückständelisten sind bei unseren Zahlstellen **unentgeltlich** zu haben und werden außerdem an alle in Betracht kommenden Behörden des Staates und der Gemeinden, an Sparkassen, Stiftungsverwaltungen und Notariate portofrei versandt.

Die zinsscheinmäßige Verzinsung der heuer gezogenen Pfandbriefe endet mit dem **1. Juli l. Js.**

Bei verspäteten Erhebungen werden auf die diesmal und früher verlosten Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen von dem Tage an, mit welchem die zinsscheinmäßige Verzinsung abgelaufen ist, bis auf weiteres 1% Hinterlegungszinsen vergütet.

Die heuer und früher verlosten Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen werden, unter Vergütung der entsprechenden Stück- und Hinterlegungszinsen, gegen Rückgabe der Mäntel, der nicht verfallenen Zinsscheine und Erneuerungsscheine zum **Nennwert** kosten- und spesenfrei eingelöst: bei unseren Kassen in **München** und bei den sämtlichen auswärtigen Zweigniederlassungen, in **Nürnberg** bei Herrn **Anton Kohn**, ferner bei der **Bayerischen Staatsbank** in **München** und deren sämtlichen Niederlassungen, alsdann bei der **Deutschen Bank** in **Berlin** und deren deutschen Filialen, sowie bei der **Bank für Handel und Industrie, Berlin** und deren Filiale in **Frankfurt a. M.**, bei der **Direktion der Discontogesellschaft** in **Frankfut a. M.** und bei Herrn **I. H. Stein** in **Köln.**

Die Direktion.

AM MONTAG, DEN 21. MÄRZ 1921, ABENDS 6 UHR,
FINDET IM GROSSEN MATHILDENSAAL, MATHILDENSTRASSE, EIN

KINDER-PURIM-FEST

DER JÜDISCHEN JUGEND-ORGANISATIONEN MÜNCHENS

statt

Unter anderem werden aufgeführt:

Purim-Festspiel / Reigen mit jüdischen Motiven / Turnerische Vorführungen usw.
Musik: Blau-Weiß-Quartett / (Tombola-Buffet)

Wir laden alle jüdischen Mädels und Buben mit ihren Eltern und Angehörigen zu diesem Feste ein.
Gesonderte Einladungen ergehen nicht.

Eintritt für Erwachsene Mark 3.—, Kinder und Mitglieder der Jugend-Organisationen Mark 1.—
Karten zu haben: in der Ewer-Buchhandlung Wagmüllerstraße 19, im „Jüdischen Echo“, Herzog Maxstraße 4 und an der Abendkasse.

Verantwortlich für die Redaktion: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.